

Vordruck 1: Unternehmensdarstellung / Firmenprofil

- ☐ Einzelbieter
- ☐ Bevollmächtigter Vertreter einer Bietergemeinschaft
- ☐ Mitglied einer Bietergemeinschaft
- ☐ Eignungsverleiher (Unternehmen, auf dessen Referenzen zum Nachweis der Eignung verwiesen wird)

Name und Adresse:	
Ansprechperson für das Vergabeverfahren:	
Kontaktdaten (Telefon/Fax/E-Mail)*:	
Internetadresse:	
Rechtsform:	
Handelsregister Nr.:	
Kleinstunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) (EU-Empfehlung 2003/361: Danach zählt ein Unternehmen zu den KMU, wenn es nicht mehr als 249 Beschäftigte hat und einen Jahresumsatz von höchstens 50 Millionen € erwirtschaftet oder eine Bilanzsumme von maximal 43 Millionen €.)	☐ Ja ☐ Kleinstunternehmen ☐ Kleines Unternehmen ☐ Mittleres Unternehmen ☐ Nein
Gesellschafterverhältnisse:	
Hauptsitz:	
Zuständige Niederlassung im Auftragsfall:	

* Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt allein über die Kommunikationsfunktion des elektronischen Projektraums. Eine Benachrichtigung über neue Nachrichten im Projektraum erfolgt ausschließlich an die bei der Unternehmensregistrierung hinterlegte Mailadresse des registrierten Unternehmens.

Ausfüllhinweise

Der Vordruck ist von allen Bietern des beteiligten Unternehmens (siehe Kopf des Vordrucks) mit dem Angebot abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden.

Vordruck 2: Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i. S. d. §§ 123, 124 GWB

Hiermit erklären wir, dass

(bitte durch Ankreuzen bestätigen oder – soweit dies nicht möglich ist – in einer Anlage erläutern, warum gleichwohl, etwa aufgrund einer sog. Selbstreinigung i. S. d. § 125 GWB die erforderliche Eignung zur Durchführung des Auftrags gegeben ist)

- ☐ in Bezug auf unser Unternehmen keine zwingenden Ausschlussgründe i. S. d. § 123 Abs. 1 und Abs. 4 GWB vorliegen,
- ☐ in Bezug auf unser Unternehmen keine fakultativen Ausschlussgründe i. S. d. § 124 GWB vorliegen.

Der Auftraggeber wird ermächtigt, jederzeit die getätigten Angaben zu überprüfen und entsprechende Auskünfte einzuholen oder Bestätigungen zu verlangen.

Ort, Datum

Unterschrift

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um das Angebot einer Bietergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft abzugeben. Die Erklärung ist außerdem von allen Eignungsverleihern abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden.

Im Hinblick auf die vorstehend geforderten Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen von zwingenden und fakultativen Ausschlussgründen i. S. d. §§ 123, 124 GWB wird auf folgenden Text der §§ 123, 124 GWB verwiesen:

§ 123 GWB Zwingende Ausschlussgründe

- (1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat,
 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),
 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),
 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder

10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).
- (2) Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
- (3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.
- (4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn
1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
 2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können. Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.
- (5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

§ 124 Fakultative Ausschlussgründe

- (1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn
1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
 3. der öffentliche Auftraggeber auf geeignete Weise nachweisen kann, dass das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
 4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
 6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
 7. das Unternehmen bei der Erfüllung einer wesentlichen Anforderung im Rahmen eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erhebliche oder fortdauernde Mängel erkennen lassen hat, die die Erklärung einer vorzeitigen Beendigung dieses früheren Auftrags, die Forderung nach Schadenersatz oder andere vergleichbare Rechtsfolgen nach sich gezogen haben,
 8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
 9. das Unternehmen
 - a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.
- (2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes, § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes und § 14 des Bundestaftreuegesetzes bleiben unberührt.

Vordruck 3: Eigenerklärung zur Umsetzung von Art. 5k VO (EU) 833/2014

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass es nach Art. 5k der Verordnung (EU) 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, in der Fassung der Verordnung (EU) 2023/2878, öffentlichen Auftraggebern bis auf weiteres verboten ist, mit folgenden Personen, Organisationen oder Einrichtungen einen Vertrag zu schließen oder sie in einem Umfang von mehr als 10% des Auftragswerts als Unterauftragnehmer, Lieferant oder auf sonstige Weise am Auftrag zu beteiligen:

- a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a) genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a) oder b) genannten Organisationen handeln.

Wir versichern hiermit, dass wir keiner der vorgenannten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zuzurechnen sind und auch die Unternehmen, auf deren Kapazitäten wir zum Nachweis der geforderten technischen Leistungsfähigkeit verweisen, ebenfalls nicht diesen Personen, Organisationen oder Einrichtungen zuzurechnen sind oder jedenfalls zu nicht mehr als 10% des Auftragswerts an der Ausführung des Auftrags beteiligt werden.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um das Angebot einer Bietergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden.

Vordruck 4: Erklärung zu Umsatz

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Umsatz der letzten drei Kalenderjahre (in Euro, netto), der mit Druckleistungen erzielt wurde (Schätzung):	2025:	
	2024:	
	2023:	

Gefordert wird ein Mindestjahresumsatz (durchschnittlicher Jahresumsatz der letzten 3 Geschäftsjahre) in Höhe von

- 4 Mio. Euro (netto) pro Jahr für Los 1
- 80.000 Euro (netto) pro Jahr für Los 2
- 1,2 Mio. Euro (netto) pro Jahr für Los 3
- 300.000 Euro (netto) pro Jahr für Los 4

Bei einer Angebotsabgabe für mehrere Lose gelten die einzelnen Umsatzanforderungen nicht kumulativ. Es muss nur der für das volumenmäßig größte angebotene Los geforderte Umsatz nachgewiesen werden, bei Abgabe eines Angebots für beispielsweise die Lose 3 und 4 danach ein durchschnittlicher Jahresumsatz der letzten 3 Geschäftsjahre i.H.v. 1,2 Mio. € netto.

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um das Angebot einer Bietergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden.

Vordruck 5: Betriebshaftpflichtversicherung

Wir erklären, dass

- ☐ bereits aktuell oder
- ☐ im Auftragsfall

eine Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden (Mindest-) Deckungssummen (jeweils zweifach maximiert p.a.) in Höhe von

- 500.000,00 EUR Pauschal für Personen-, Sach- und daraus resultierende Vermögensschäden

abgeschlossen ist / wird.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um das Angebot einer Bietergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft abzugeben. Der Vordruck ist außerdem von vorgesehenen Nachunternehmern abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden.

Vordruck 6: Nachweis eines nach DIN EN ISO 9001 oder gleichwertig zertifizierten Qualitätsmanagementsystems und eines nach EMAS oder gleichwertig zertifizierten Umweltmanagementsystem

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Wir erklären, dass

☐ wir bereits aktuell (bitte Zertifikate beifügen)

über ein nach DIN EN ISO 9001 oder gleichwertig zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem und ein nach EMAS oder gleichwertig zertifiziertes Umweltmanagementsystem

verfügen.

(Ort, Datum)

Unterschrift

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um das Angebot einer Bietergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft abzugeben. Der Vordruck ist außerdem von vorgesehenen Nachunternehmern abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden.

Vordruck 7: Referenzen

Der Vordruck ist nach Bedarf zu kopieren und mehrfach einzusetzen.

Es gelten ausschließlich die Angaben auf diesem Vordruck. Firmenprospekte und Werbematerial werden nicht berücksichtigt.

Erwartet werden je Los mindestens zwei Referenzaufträge aus den letzten drei Jahren (seit 09/2023) über abgeschlossene oder gegenwärtig seit mindestens einem Jahr erbrachte vergleichbare Leistungen der Druckleistungen, die jeweils sämtliche folgende Anforderungen erfüllen

- Auftrag umfasst Rückendrahtheftung und falzen (Los 1 bis 4)
- Auftrag betrifft Druckerzeugnis im Umfang von mindestens 20 Seiten (Los 1)
- Auftrag betrifft Druckerzeugnis im Umfang von mindestens 6 Seiten (Los 2)
- Auftrag betrifft Druckerzeugnis im Umfang von mindestens 90 Seiten (Los 3)
- Auftrag betrifft Druckerzeugnis im Umfang von mindestens 30 Seiten (Los 4)
- Papiergrammatur mindestens $\geq 90 \text{ g/m}^2$ (Los 1 und 2)
- Jahresdruckauflage je Erzeugnis von mindestens 2,5 Mio. Flyer (Los 1)
- Jahresdruckauflage je Erzeugnis von mindestens 100.000 Flyer (Los 2)
- Jahresdruckauflage je Erzeugnis von mindestens 750.000 Hefte inkl. Umschlag (Los 3)
- Jahresdruckauflage je Erzeugnis von mindestens 550.000 Hefte inkl. Umschlag (Los 4)

Mindestens eine der zwei Referenzen erfüllt zusätzlich den Versand nach Einzelabrufen von 600 Versendungen pro Jahr (Los 1) und von 900 Versendungen pro Jahr (Lose 2 und 3), 150 Versendungen pro Jahr (Los 4).

Bei Abgabe eines Angebots für mehrere Lose ist bitte für jedes Los die Erfüllung der vorstehenden Mindestanforderungen an die Referenzlage getrennt nachzuweisen, indem der nachstehende Vordruck pro Los zweifach ausgefüllt wird.

Referenznachweis für Los: _____ Inhaber der Referenz: _____

Referenznummer: _____

Referenzprojekt:	
Auftraggeber, Anschrift sowie - soweit möglich - Ansprechpartner (mit Telefonnummer):	
Leistungszeitraum (Monat/Jahr – Monat/Jahr bzw. laufend):	
Erbrachte Leistungen:	Bitte Zutreffendes ankreuzen: ☐ Rückendrahtheftung <u>und</u> falzen (Los 1 bis 4) ☐ Umfang von mindestens 20 Seiten (Los 1) ☐ Umfang von mindestens 6 Seiten (Los 2) ☐ Umfang von mindestens 90 Seiten (Los 3) ☐ Umfang von mindestens 30 Seiten (Los 4) ☐ Papiergrammatur mindestens $\geq 90 \text{ g/m}^2$ (Los 1 und 2) ☐ Jahresdruckauflage je Erzeugnis von mindestens 2,5 Mio. Flyer (Los 1) ☐ Jahresdruckauflage je Erzeugnis von mindestens 100.000 Flyer (Los 2) ☐ Jahresdruckauflage je Erzeugnis von mindestens 750.000 Hefte inkl. Umschlag (Los 3) ☐ Jahresdruckauflage je Erzeugnis von mindestens 550.000 Hefte inkl. Umschlag (Los 4) ☐ Versand nach Einzelabrufen von 600 Versendungen pro Jahr (Los 1) ☐ Versand nach Einzelabrufen von je 900 Versendungen pro Jahr (Los 2 und 3) ☐ Versand nach Einzelabrufen von 150 Versendungen pro Jahr (Los 4)

Kurze Beschreibung des Referenzprojekts, zur Komplexität des Projekts und zur Vergleichbarkeit mit den zu vergebenden Leistungen (zum Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit in Bezug auf den Auftragsgegenstand; siehe Ziff. 5.1 und 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung)	
Rechnungswert:	

Vordruck 8: Nachunternehmen / Sonstige Dritte

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (Erfüllung der Mindestanforderungen gem. der Auftragsbekanntmachung) beziehen wir uns auch auf die Fähigkeiten und Kapazitäten anderer (auch verbundener) Unternehmen, namentlich der folgenden Unternehmen:

lfd. Nr.	Name des Unternehmens	Anschrift	Funktion	geplanter Leistungsbereich
			☐ Nachunternehmer ☐ Sonstiges	
			☐ Nachunternehmer ☐ Sonstiges	
			☐ Nachunternehmer ☐ Sonstiges	

Uns ist bewusst, dass wir mit dem Angebot dem Auftraggeber nachzuweisen haben, dass uns im Auftragsfall die Mittel dieser Unternehmen grundsätzlich zur Verfügung stehen. Hierzu überreichen **anliegend** eine Verfügbarkeitserklärung des benannten Nachunternehmens / sonstigen Unternehmens.

Inwieweit wir darüber hinaus den Einsatz von Nachunternehmen beabsichtigen, werden wir mit dem Angebot mitteilen.

Ausfüllhinweise

Angaben dazu, welche Unternehmen im Auftragsfall bestimmte Leistungen als Nachunternehmer erbringen sollen, sind nur dann bereits mit dem Angebot erforderlich, wenn sich der Bieter/ die Bietergemeinschaft zur Erfüllung der Mindestanforderungen an die Referenzlage auf Referenzen anderer Unternehmen bezieht (sog. Eignungsleihe). Diese anderen Unternehmen müssen dann als Nachunternehmer für diejenigen Leistungen vorgesehen werden, für die zum Nachweis der Eignung auf ihre durch entsprechende Referenzen belegte Erfahrung verwiesen wurde.

Vordruck 9: Bietergemeinschaftserklärung

Hiermit erklären wir, dass wir für das Vergabeverfahren eine Bietergemeinschaft gegründet haben.

1. Bietergemeinschaftsdaten

Unsere Daten lauten wie folgt:

	BG-Mitglied 1	BG-Mitglied 2
Unternehmen		
Postanschrift (Straße, PLZ, Ort)		

	BG-Mitglied 3	BG-Mitglied 4
Unternehmen		
Postanschrift (Straße, PLZ, Ort)		

Wir erklären, dass

- das nachfolgend bevollmächtigte Mitglied die Bietergemeinschaftsmitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt (die Bevollmächtigung schließt rechtsgeschäftlich Erklärungen im Vergabeverfahren mit ein),

- wir die Absicht haben, im Zuschlagsfall zu einer Arbeitsgemeinschaft in Form einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (oder gleichwertig) zusammenzuschließen und wir deshalb gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen im Auftragsfalle haften werden.

Zum rechtsgeschäftlichen bevollmächtigten Vertreter der o.g. Bietergemeinschaft benennen wir:

.....

Zuständiger Ansprechpartner (bevollmächtigter Vertreter) bei der BG für das gegenständliche Vergabeverfahren

(Vor- und Zuname):

Telefon;/ Faxnummer:

E-Mail-Adresse:

2. Unterschrift aller Mitglieder der Bietergemeinschaft:

.....

Ort, Datum BG-Mitglied 1 (Stempel und Unterschrift)

.....

Ort, Datum BG-Mitglied 2 (Stempel und Unterschrift)

.....

Ort, Datum BG-Mitglied 3 (Stempel und Unterschrift)

.....

Ort, Datum BG-Mitglied 4 (Stempel und Unterschrift)